

Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg

Petra Zimmermann-Steinhart

I. Die Ergebnisse der beiden Landtagswahlen

Gemeinsam ist den Landtagswahlen in beiden Bundesländern, dass die Regierungen in ihrem Amt bestätigt wurden. In beiden Bundesländern konnte die größere Regierungspartei Gewinne verbuchen, während der kleinere Partner FDP Stimmen einbüßte. Die Wahlbeteiligung ging in beiden Ländern zurück und lag in Rheinland-Pfalz bei 62,1 Prozent und in Baden-Württemberg bei 62,6 Prozent. Damit sind die Gemeinsamkeiten jedoch auch schon erschöpft. In Baden-Württemberg kann die größte Oppositionspartei, die SPD einen beachtlichen Zuwachs von 8,2% verbuchen. In Rheinland-Pfalz ist es der CDU hingegen nicht gelungen, ihre Position auszubauen, sondern sie musste Verluste hinnehmen.

Die Ergebnisse in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz bestätigten die Wähler die Landesregierung sehr deutlich in ihrem Amt. Die SPD verzeichnet einen Zuwachs von 4,9 Prozent¹ (vgl. Tabelle 1). Sie ist in Rheinland-Pfalz die einzige Partei, die Zugewinne verzeichnen konnte. Trotz einer um 9 Prozent gesunkenen Wahlbeteiligung konnte sie annähernd so viele Stimmen auf sich vereinigen wie 1996. Alle anderen Parteien haben mehr oder weniger hohe Verluste zu verzeichnen. Die größten Verluste gab es bei der CDU, die mit 35,3 Prozent auf ihr bislang schlechtestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz kam und 3,4 Prozentpunkte verlor.

Tabelle 1: Ergebnisse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz

	Landtagswahl 2001				Landtagswahl 1996				Veränderung	
	WK-Stimmen ¹		Landesstimmen		WK-Stimmen		Landesstimmen		WK-	Lan-
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Stim-	des-
									men	Stim-
Wahlberechtigte	3.025.090		3.025.090		2.987.099		2.987.099			37991
Wähler/innen	1.879.960	62,1	1.879.960	62,1	2.114.933	70,8	2.114.933	70,8	-8,7	-8,7
Ungültige Stimmen	62.040	3,3	46.114	2,5	67.624	3,2	51.207	2,4	0,1	0,1
Gültige Stimmen	1.817.920	96,7	1.833.846	97,5	2.047.309	96,8	2.491.752	98,5	-0,1	-0,1
SPD	789.660	43,4	820.610	44,7	846.507	41,3	821.539	39,8	2,1	4,9
CDU	723.214	39,8	647.238	35,3	860.847	42,0	798.166	38,7	-2,2	-3,4
FDP	134.729	7,4	143.427	7,8	137.730	6,7	184.426	8,9	0,7	-1,1
Grüne	92.702	5,1	95.567	5,2	134.173	6,6	142.665	6,9	-1,5	-1,7
REP	23.417	1,3	44.586	2,4	42.103	2,1	71.499	3,5	-0,8	-1,1
Sonstige	54.198	2,98	82.418	4,49	25.949	1,27	45.431	2,20	1,71	2,29

¹Wahlkreis-Stimmen

Quelle: Statistisches Landesamt www.statistik.rlp.de/wahlinfo

Der Koalitionspartner der SPD, die FDP konnte von der Zufriedenheit mit der Landesregierung nicht profitieren und verlor 1,1 Prozentpunkte. Die Regierungskoalition baute ihren Vorsprung vor der Opposition damit um 3,8 Prozentpunkte aus. Die Grünen verloren 1,7 Prozent und sind mit einem Ergebnis von 5,2 Prozent knapp wieder in den Landtag von Rheinland-Pfalz eingezogen.

Der hohe Anteil der „Sonstigen“ lässt sich daraus erklären, dass der Landesverband Freier Wählergruppen (Rheinland-Pfalz) e.V. (FWG) zum ersten Mal bei Landtagswahlen antrat und auf Anhieb 2,5 Prozent der Stimmen erhielt. Die im Landtag von Rheinland-Pfalz nicht vertretenen Republikaner erlitten weitere Verluste und landeten bei 2,4 Prozent.

Die Sitzverteilung im Landtag von Rheinland-Pfalz ergibt demnach 49 Sitze für die SPD (plus 6 Sitze), 38 Sitze für die CDU (minus 3 Sitze), 8 Sitze für die FDP (minus 2 Sitze) und 6 Sitze für die Grünen (minus 1 Sitz). Dies ergibt 57 Sitze für die SPD/FDP-Koalition und 42 Sitze für die Opposition. Die Landesregierung konnte durch die Zugewinne der SPD ihre Mehrheit um 10 Sitze erweitern und kann die nächsten fünf Jahre mit einer komfortablen Mehrheit von 15 Sitzen regieren (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Sitzverteilung im Landtag von Rheinland-Pfalz in der 13. und 14. Wahlperiode (Quelle: Statistisches Landesamt www.statistik.rlp.de/wahlinfo)

	2001	1996	Veränderung
SPD	49	43	6
CDU	38	41	-3
FDP	8	10	-2
Grüne	6	7	-1

Die Ergebnisse in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg konnte die regierende CDU ihr Ergebnis deutlich um 3,5 Prozentpunkte verbessern. Ihr Koalitionspartner FDP verlor 1,5 Prozent (vgl. Tabelle 3). Durch den Zugewinn der CDU konnte die Landesregierung ihren Vorsprung vor der Opposition weiter ausbauen und kommt jetzt auf einen Stimmenanteil von 52,9 Prozent.

Tabelle 3: Ergebnisse der Landtagswahl in Baden-Württemberg (Quelle: Statistisches Landesamt www.statistik.baden-wuerttemberg.de).

	2001		1996		Veränderung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	7.316.876		7.189.906		126.970	
Wähler/innen	4.577.705	62,60	4.859.305	67,60	-281.600	-5,00
Ungültige Stimmen	46.810	1,00	75.176	1,50	-28.366	-0,50
Gültige Stimmen	4.530.895	99,00	4.784.129	98,50	-253.234	0,50
CDU	2.029.948	44,80	1.974.619	41,30	55.329	3,50
SPD	1.508.341	33,30	1.199.123	25,10	309.218	8,20
Grüne	350.549	7,70	580.801	12,10	-230.252	-4,40
FDP/DVP	367.556	8,10	458.478	9,60	-90.922	-1,50
REP	198.425	4,40	437.228	9,10	-238.803	-4,70
Sonstige	76076	1,68	133880	2,80	-57804	-1,12

In Baden-Württemberg gelang es der größeren Oppositionspartei, der SPD, 8,2 Prozentpunkte hinzuzugewinnen und ein Ergebnis zu erzielen, das mit 33,3 Prozent erstmals wieder in einer Größenordnung liegt, wie es vor dem Entstehen der Grünen in Baden-Württemberg erzielt worden war. Die Zugewinne der beiden Volksparteien CDU und SPD gingen zu Lasten der kleineren Parteien. Am stärksten verloren die Republikaner, die 4,7 Prozent der Stimmen einbüßten und mit 4,4 Prozent nicht mehr im baden-württembergischen Landtag vertreten sind. Ebenfalls sehr deutliche Verluste mussten die Grünen hinnehmen. Sie verloren 4,4 Prozentpunkte und liegen nun bei 7,7 Prozent. Die FDP/DVP büßte 1,5 Prozent der Stimmen ein und kam auf 8,1 Prozent.

Der Landtag von Baden-Württemberg hat sich von 155 Sitzen auf 128 Sitze verkleinert. Dies liegt vor allem daran, dass es der SPD gelungen ist, sechs Direktmandate hinzuzugewinnen. Sie verfügt damit über 7 Direktmandate, die CDU über 63 Direktmandate (vgl. Tabelle 4). In der 12. Wahlperiode hatte die CDU noch über 69 Direktmandate verfügt, das heißt sie hatte mehr Wahlkreise direkt gewonnen, als ihr aufgrund ihres Stimmenanteils Sitze zugestanden hätten. Dementsprechend mussten viele Überhangmandate verteilt werden.² Die baden-württembergische Landesregierung konnte ihre Mehrheit an Sitzen deutlich ausbauen. Die liegt erstens an ihrem Zugewinn von 2 Prozent, zweitens daran, dass die anderen Parteien weniger Überhangmandate erhielten und drittens daran, dass die Republikaner nicht mehr im Landtag vertreten sind. Die Regierungskoalition verfügt jetzt über 73 Sitze, die Opposition über 55 Sitze. Damit erhöhte sich die Differenz um 9 Sitze zugunsten der Regierungskoalition.

Tabelle 4: Sitzverteilung im Landtag von Baden-Württemberg 12. und 13. Wahlperiode (Quelle: Statistisches Landesamt www.statistik.baden-wuerttemberg.de)

	2001			1996			Veränderung
	1.Mandate	2.Mandate	Gesamt	1.Mandate	2.Mandate	Gesamt	
CDU	63	–	63	69	–	69	-6
SPD	7	38	45	1	38	39	6
Grüne	–	10	10	–	19	19	-9
FDP	–	10	10	–	14	14	-4
REP	–	–	–	–	14	14	-14
Gesamt	70	58	128	70	85	155	-27

II. Analyse der Wahlergebnisse

Ausgangsbedingungen und Wahlkampf

In beiden Bundesländern hatten die Regierungen eine komfortable Ausgangssituation, die Zufriedenheit der Menschen war in beiden Ländern vergleichsweise hoch. Beide Ministerpräsidenten erfreuen sich einer großen Anerkennung der Bevölkerung. Die Mehrheit wünschte sich beide Ministerpräsidenten auch für die Zukunft in diesem Amt. Hierbei gab es jedoch deutliche Unterschiede in beiden Ländern. Kurt Beck erhielt auf einer Skala von minus Fünf bis plus Fünf eine Beurteilung von 2,9, Erwin Teufel kam hierbei lediglich auf 1,8. 57 Prozent wünschten sich Kurt Beck als neuen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, in Baden-Württemberg wünschten sich 46 Prozent Erwin Teufel als neuen Ministerpräsidenten (Forschungsgruppe Wahlen: www.zdf.msnbc.de/news/74506.asp bzw. [74670.asp](http://www.zdf.msnbc.de/news/74670.asp)).

In Baden-Württemberg gelang es der SPD den Wahlkampf sehr stark auf die Spitzenkandidatin Ute Vogt zuzuschneiden und das Thema Bildung in den Vordergrund zu bringen. Diese Strategie führte zu einer starken Polarisierung auf die beiden Spitzenkandidaten der SPD und der CDU. Damit schaffte es die SPD, ihre auf Landesebene vorher relativ unbekannt junge Kandidatin ungewöhnlich bekannt und beliebt zu machen. In Baden-Württemberg wussten 52 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass Ute Vogt als Spitzenkandidatin antritt, 65 Prozent wussten, dass Erwin Teufel Spitzenkandidat der CDU war.

In dem von der SPD frühzeitig besetzten Wahlkampfthema Bildungspolitik bekam die Spitzenkandidatin der SPD schnell Kompetenz zugesprochen. Die CDU hat sich auf diesen polarisierenden Wahlkampf eingelassen, wodurch sie schließlich auf Kosten der kleineren Parteien ebenfalls profitierte. In Baden-Württemberg ist es der CDU gelungen, dem ungünstigen Bundestrend zu trotzen, indem sie sich deutlich von der CDU-Bundesebene abgrenzte (vgl. www.infratest-dimap.de/wahlen/bw01).

In Rheinland-Pfalz wussten in der Woche vor der Wahl 73 Prozent der Befragten bei einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, dass Kurt Beck als Spitzenkandidat der SPD antritt und nur 35 Prozent konnten Christoph Böhr als Spitzenkandidaten der CDU benennen. Die rheinland-pfälzische CDU hat es damit nicht geschafft, ihren Spitzenkandidaten bekannt zu machen. Bezüglich der Kompetenzzuschreibung hatte die CDU ebenfalls Probleme, da der Landesregierung und hier vor allem der SPD sehr hohe Kompetenzen zugeschrieben wurde. Christoph Böhr erhielt auf der Skala von minus Fünf bis plus Fünf gerade 0,7 Punkte. Er konnte gegen Kurt Beck weder in Sympathie-

noch in Kompetenzfragen bestehen und auch die eigene Anhängerschaft nicht überzeugen. Die CDU setzte in ihrem Wahlkampf vor allem auf bundespolitische Themen wie Ökosteuer, Rentenreform und auf eine Unterschriftenkampagne gegen Jürgen Trittin und kämpfte damit an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorbei, für die landespolitische Themen deutlich wichtiger waren (vgl. Forschungsgruppe Wahlen: www.zdf.msnbc.de/news/74506.asp).

In beiden Bundesländern hatten die kleineren Parteien durch die Kampagnen der großen Parteien Schwierigkeiten, ein eigenes Profil zu präsentieren. Die FDP konnte in keinem der beiden Länder deutlich machen, wo ihr Anteil am Erfolg der jeweiligen Regierung lag. In Baden-Württemberg litt sie unter der Diskussion über eine mögliche Ampel-Koalition. Die Beteuerungen ihres Spitzenkandidaten, auf keinen Fall eine solche Koalition eingehen zu wollen, überzeugte wenig und die FDP verlor dadurch Stimmen an die CDU. In Rheinland-Pfalz konnte die FDP durch ihre klare Koalitionsaussage zugunsten der SPD keine CDU-Wähler für sich mobilisieren, was der CDU nützte und der FDP schadete.

Die baden-württembergischen Grünen verstrickten sich in wechselnde Koalitionsaussagen (schwarz-grün, rot-grün, Ampel-Koalition) und schnitten deutlich schlechter ab als bei der vorangegangenen Wahl. Die traditionellen Grünen-Wähler waren durch die Diskussion über die rot/grüne Umweltpolitik irritiert oder unzufrieden. Es gelang den Grünen nicht, ihre Wählerinnen und Wähler ausreichend zu mobilisieren und sie verloren einen beachtlichen Teil ihrer Wählerschaft an die SPD.

Ähnlich wie die anderen kleineren Parteien, hatten auch die Republikaner Schwierigkeiten, sich zu profilieren. Die relativ hohe Zufriedenheit der Wählerinnen und Wähler mit der Bundesregierung und den jeweiligen Landesregierungen ließen kein Bedürfnis nach einer „Protestwahl“ aufkommen. Frühere Protestwähler kehrten zu ihren ursprünglichen Parteien zurück und viele baden-württembergische Republikaner wählten CDU, um einen Regierungswechsel zugunsten der SPD zu verhindern. Während das für die Republikaner und andere rechtsradikale Parteien Stimmen bringende Asyl- und Ausländerthema bei der letzten Landtagswahl vor allem in Baden-Württemberg eine Rolle spielte, war es bei dieser Wahl nicht relevant, was zum Stimmenverlust der Republikaner beitrug. In Baden-Württemberg sind sie jetzt nicht mehr im Landtag vertreten, in Rheinland-Pfalz waren sie es auch vor der Wahl nicht.

Wählerverhalten

In Baden-Württemberg wirkte sich das Wahlsystem verstärkend auf die bereits im Wahlkampf angelegte Polarisierung aus. Die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg haben nur eine Stimme zur Verfügung.³ Damit haben sie nicht die Möglichkeit, durch Stimmensplitting Koalitionswünsche zum Ausdruck zu bringen und müssen sich für eine Partei entscheiden. Dadurch entfallen die Sympathie-Stimmen, die kleinere Parteien häufig erhalten, was sich in dieser Wahl erstmals negativ auf die kleineren Parteien auswirkte.

In Rheinland-Pfalz liegt der größte Anteil der SPD-Gewinne bei Kurt Beck, der sich sowohl großer Sympathiewerte als auch einer hohen Kompetenzzuweisung erfreut. Die positive Einschätzung gegenüber dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten geht dabei quer durch alle Wählerschichten. Es ist der SPD gelungen, neue Wählergruppen zu erreichen, sie machte auf Kosten der CDU auffällige Gewinne bei Menschen mit höherer Bildung. Der Zuwachs liegt bei Wählern mit Abitur bei 10 Punkten,

die CDU hat hier 7 Punkte verloren. Auch bei den ganz jungen sowie den ältesten Wählern konnte die SPD starke Gewinne erzielen und liegt jetzt bei sämtlichen Altersgruppen an erster Stelle, wobei vor allem junge und ältere Frauen zum Wahlerfolg der SPD beigetragen haben (www.infratest-dimap.de/wahlen/rp01).

Während bei der SPD in beiden Ländern die Spitzenkandidaten das Zugpferd waren, traf dies bei der CDU weder in Baden-Württemberg noch in Rheinland-Pfalz zu. Im Gegensatz zu Kurt Beck konnte Erwin Teufel seiner Herausforderin bei den Sympathiewerten nicht das Wasser reichen. Er hatte einen deutlich geringeren Amtsbonus als Kurt Beck, Ute Vogt hatte ihn in der inhaltlichen Bewertung überholt und lag bei 1,9 Punkten während Erwin Teufel bei 1,8 Punkten lag. In Baden-Württemberg begründete sich der Wahlerfolg der CDU somit im wesentlichen auf der hohen Zufriedenheit mit der ökonomischen Situation des Landes und dem Kompetenzvorsprung, den die Wähler der CDU bei wirtschaftlichen Themen bescheinigten.

Der polarisierte Wahlkampf und der Bundestrend wirkten sich für die baden-württembergische SPD begünstigend aus. Sie konnte an die Grünen und die Republikaner verlorengegangene Stimmen zurückerobern und verschaffte sich durch den von Ute Vogt vertretenen neuen Politikstil Zugang zu neuen Wählergruppen. In ihren traditionellen Wählerschichten fiel der Zuwachs dagegen eher gering aus. Bei den Arbeitern liegt die CDU in Baden-Württemberg vor der SPD. Anders verhält es sich bei den Beamten, wo die SPD auf 41 Prozent kommt. Ähnlich wie in Rheinland-Pfalz konnte die SPD auch in Baden-Württemberg vor allem bei Frauen Zuwächse verbuchen. Bei Frauen mit Hochschulabschluss kommt sie auf 43 Prozent, das sind 19 Punkte mehr als 1996. Die größten Verluste mussten hier die Grünen mit 14 Punkten hinnehmen. Bei jungen Frauen steigerte sich die SPD um 11 Punkte, während junge Männer offensichtlich eher zur CDU tendieren.

Fazit

Nimmt man die Ergebnisse beider Wahlen zusammen, gibt es eine ganze Reihe von Verlierern und Teilsiegern. Verloren haben die kleineren Parteien. Die FDP konnte weder in Rheinland-Pfalz noch in Baden-Württemberg auf eine eigenständige Politik verweisen und musste Verluste hinnehmen, obwohl beiden Landesregierungen Erfolg und Kompetenz zugesprochen worden war. Die Kanzler-Kandidaten-Pläne von Jürgen Möllemann erscheinen in diesem Szenario als wenig aussichtsreich und realistisch (vgl. Süddeutsche Zeitung 27.03.2001, S.2). Auch die Grünen haben Stimmen eingebüßt und einen beträchtlichen Teil ihrer Wählerinnen und Wähler an die SPD verloren. Dies lässt sich auf die gesunkene Bedeutung umweltpolitischer Themen in diesen Wahlkämpfen zurückführen. Eine große Zahl an potenziellen Grünen-Wählern ist diesmal nicht zur Wahl gegangen, was auf die kontroverse Diskussion über den Castor-Transport und den Atomausstieg zurück zu führen ist. Die Republikaner sind nun auch in Baden-Württemberg nach 2 Wahlperioden nicht mehr im Landtag vertreten. Zum ersten Mal wurden die Republikaner in den Prognosen überschätzt, während sie sonst eher unterschätzt wurden. Dies lag wohl vor allem daran, dass es wenig Anlass zu einer Denkmittelwahl gab.

Zu den Teilsiegern gehört sicherlich die CDU. Sie konnte in Baden-Württemberg ihr Ergebnis verbessern und die Regierungsmehrheit trotz der Verluste des Koalitionspartners ausbauen. In Rheinland-Pfalz erlebte die CDU allerdings ein ähnliches Desaster, wie es die baden-württembergische SPD vor fünf Jahren hinnehmen musste. Die

CDU verlor in Rheinlandpfalz 3,4 Prozentpunkte und erzielte mit 35,5 Prozent ihr bislang schlechtestes Ergebnis. Besonders zu beachten ist hierbei, dass die CDU in Rheinland-Pfalz versucht hatte, mit Bundesthemen zu punkten. Dem auf Jürgen Trittin gerichteten vermeintlich moralischen Zeigefinger konnte die Mehrheit der Rheinland-Pfälzer offensichtlich nur wenig abgewinnen. Da war die baden-württembergische CDU mit ihrer auf Abgrenzung zur Bundes-CDU gerichteten Kampagne besser beraten.

Die SPD erzielte als einzige Partei in beiden Bundesländern beträchtliche Gewinne: 4,9 Prozent in Rheinland-Pfalz und 8,2 Prozent in Baden-Württemberg. Ihr Ziel „keine Regierungsbildung ohne SPD“ hat sie in Baden-Württemberg jedoch nicht erreicht. Dennoch ist die SPD als größte Gewinnerin der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz anzusehen. Sie hat in beiden Ländern deutliche Zugewinne zu verzeichnen und konnte neue Wählerschichten ansprechen.

Anmerkungen

- 1 Die Prozentangaben beziehen sich auf das für die Sitzverteilung relevante Ergebnis der Landesstimmen.
- 2 Vgl. Abschnitt II zum baden-württembergischen Wahlsystem.
- 3 Die Sitzverteilung errechnet sich folgendermaßen: In jedem Wahlkreis ist zunächst der/die Bewerberin gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann. Die restlichen Mandate werden über das d'Hondtsche Zählverfahren auf die Parteien verteilt. Dabei wird zunächst errechnet, wie viele Mandate den Parteien in den einzelnen Regierungsbezirken zustehen. Innerhalb der Mandate entscheiden dann die absoluten Stimmenzahlen, das heißt der Kandidat mit den meisten absoluten Stimmen erhält das erste Mandat, derjenige mit der zweit höchsten Stimmenzahl das zweite Mandat etc. Da die Wahlkreise bezüglich der Anzahl der Wahlberechtigten sehr stark variieren, werden Kandidatinnen und Kandidaten in größeren Wahlkreisen bevorzugt. Landeslisten oder Regierungsbezirkslisten sind in diesem System nicht vorgesehen. Dementsprechend ist es möglich, dass Kandidaten in mehr als einem Wahlkreis antreten können, um ihre Wahl abzusichern. Im Fall des baden-württembergischen Justizministers Ulrich Goll ist diese Strategie jedoch nicht aufgegangen. Er wurde in keinem der Wahlkreise gewählt.

Literatur

- Forschungsgruppe Wahlen (2001). Detail-Analyse der Wahl in Baden-Württemberg. www.zdf.msnbc.de/news/74670.asp.
- Forschungsgruppe Wahlen (2001). Detail-Analyse der Wahl in Rheinland-Pfalz. www.zdf.msnbc.de/news/74506.asp.
- Infratest dimap (2001). Renaissance der Volksparteien: Kurzanalyse erstellt für die Deutsche Presse Agentur. www.infratest-dimap.de/wahlen/bw01.
- Infratest dimap (2001). Eindrucksvolle Bestätigung der Landesregierung in Rheinland-Pfalz: Kurzanalyse erstellt für die Deutsche Presse Agentur. www.infratest-dimap.de/wahlen/rp01.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: www.statistik.baden-wuerttemberg.de/wahl.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: www.statistik.rlp.de/landtagswahl2001.

